

SATZUNG ÜBER DIE ERHEBUNG VON GEBÜHREN FÜR DIE DURCHFÜHRUNG DES HESSISCHEN RETTUNGSDIENSTGESETZES 1998 (RETTUNGSDIENST-GEBÜHRENSATZUNG)

vom 21. Februar 2001

Stand: Änderungssatzung vom 9. Dezember 2025

Aufgrund des §§ 8 Abs. 1 und 19 Abs. 3 des Gesetzes zur Neuordnung des Rettungsdienstes in Hessen (Hessisches Rettungsdienstgesetz 1998 - HRDG) vom 24. November 1998 (GVBl. I S. 499) und des § 5 der Hessischen Landkreisordnung (HKO), in der Fassung vom 1. April 1993 (GVBl. I S. 569), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Dezember 1999 (GVBl. I S. 2) sowie der §§ 2, 3 und 10 des Gesetzes über kommunale Abgaben (KAG) vom 17. März 1970 (GVBl. I, Seite 225), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 1998 (GVBl. I S. 562), hat der Kreistag des Lahn-Dill-Kreises in seiner Sitzung am 19. Februar 2001 die nachstehende Gebührensatzung für die Inanspruchnahme der Zentralen Leitstelle beschlossen:

§ 1

Allgemeines

Zur Deckung der Kosten, die dem Lahn-Dill-Kreis aus der Durchführung des Hessischen Rettungsdienstgesetzes 1998 entstehen und nicht anderweitig erstattet werden oder vom Landkreis zu tragen sind, erhebt der Landkreis Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der Zentralen Leitstelle.

§ 2

Entstehung der Gebührenpflicht

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht durch die Vergabe eines vergütungsfähigen Einsatzauftrags gemäß Abschnitt 2 d. des Erlasses „Grundsätze zum Rechnungswesen im hessischen Rettungsdienst Stand 2025“ durch die Zentrale Leitstelle an den Beauftragten nach dem Hessischen Rettungsdienstgesetz.
- (2) Von der Gebührenpflicht ausgenommen ist die Vergabe von Einsatzaufträgen zur Wachverlegung im Rahmen der mobilen Wachenstrategie.

§ 3

Gebührenpflichtige

Gebührenpflichtig ist der Beauftragte, der den Einsatz ausgeführt hat. Soweit Rettungsmittel bereichsübergreifend eingesetzt werden, entsteht eine Gebührenpflicht nur gegenüber dem Träger der jeweiligen Heimatleitstelle.

§ 4

Höhe der Gebühr

- (1) Für jeden erteilten Notfall- oder Notarzteinsatz sowie Krankentransporteinsatz wird eine Gebühr in Höhe von 52,70 € erhoben.
- (2) Mehrere gleichzeitig erteilte Aufträge an den gleichen Beauftragten werden als getrennte Aufträge gerechnet. Hin- und Rücktransporte, auch mit demselben Rettungsmittel, sind als zwei eigenständige Einsätze zu behandeln. Gleiches gilt für Anschlusstransporte in andere Behandlungseinrichtungen.
- (3) Grundlage für die Gebührenbemessung ist das Eröffnungsstichwort der Einsatzstatistik der Zentralen Leitstelle.
- (4) Mehrere gleichzeitig erteilte Aufträge an den gleichen Beauftragten werden als getrennte Aufträge gerechnet. Hin- und Rücktransporte, auch mit demselben Rettungsmittel, sind als 2 eigenständige Einsätze zu behandeln. Gleiches gilt für Anschlusstransporte in andere Behandlungseinrichtungen.

§ 5

Fälligkeit, Beitreibung

- (1) Die Gebühren werden monatlich den Beauftragten berechnet. Sie werden einen Monat nach Zugang des Gebührenbescheides fällig.
- (2) Die Rettungsdienstgebühren sind öffentliche Abgaben und unterliegen der Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren.

§ 6

Rechtsbehelfe

Gegen die Heranziehung zu den Gebühren nach dieser Satzung stehen dem Gebührenpflichtigen die Rechtsbehelfe nach der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) in der jeweils gültigen Fassung zu. Rechtsbehelfe haben gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 1 VwGO keine aufschiebende Wirkung.

§ 7

Inkrafttreten

Die Satzung tritt mit Wirkung vom 1. März 2001 in Kraft.

Satzung (Urfassung)	vom	21.02.2001
	veröffentlicht am	26.02.2001
	in Kraft getreten am	01.03.2001
1. Änderungssatzung	vom	21.03.2005
	veröffentlicht am	30.03.2005
	in Kraft getreten am	01.04.2005
2. Änderungssatzung	vom	09.05.2011
	veröffentlicht am	20.05.2011
	in Kraft getreten am	01.06.2011
3. Änderungssatzung	vom	06.11.2017
	veröffentlicht am	25.11.2017
	in Kraft getreten am	01.01.2018
4. Änderungssatzung	vom	27.10.2020
	veröffentlicht am	31.10.2020
	in Kraft getreten am	01.01.2021
Änderungssatzung	vom	09.12.2025
	veröffentlicht am	19.12.2025
	in Kraft getreten am	01.01.2026